

Judith Breituß

Die Klimakrise als Thema und Anlass für die Politische Bildung

Wir schreiben das Jahr 2019 und die Welt steht – sowohl im übertragenen Sinn als auch buchstäblich – in Flammen. Die großflächigen Waldbrände im Amazonasgebiet und in anderen Regionen der Welt¹ sind die jüngsten in einer Reihe katastrophaler Umweltentwicklungen, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten drastisch gehäuft und verschärft haben: Das rasante Schmelzen der Polkappen und Gletscher, Überschwemmungen, Rekorddürren und -hitzewellen, dramatisches Artensterben und die Versauerung der Ozeane sind nur einige Beispiele.

Die Relevanz der Themen Klima und Umwelt für Jugendliche

Viele dieser Phänomene stehen in direkter Verbindung mit den klimatischen Veränderungen, die seit mindestens einhundert Jahren zu beobachten und, so lautet mittlerweile der wissenschaftliche Konsens, eindeutig auf die seit der Industrialisierung immer stärkere Belastung der Umwelt durch Treibhausgase zurückzuführen sind, für die der Mensch verantwortlich ist (siehe auch Grafik „Wie der Mensch das Klima verändert“, S. 4). Fakt ist: der Klimawandel, für den sich mittlerweile die deutlich drastischeren Begriffe Klimakrise und Klimakatastrophe etabliert haben, ist ein globales Schlüsselproblem des 21. Jahrhunderts. Gerade weil eine konsequente Klimapolitik die Zusammenarbeit aller Staaten sowie die Berücksichtigung vieler verschiedener Dimensionen erfordert, sind bis dato kaum wirkungsvolle politische Maßnahmen zum Klimaschutz getroffen worden (siehe dazu den Beitrag von Mathias Krams und Ulrich Brand in diesem Heft).

Dabei sind die Themen Klima- und Umweltschutz medial so präsent wie nie zuvor. Das liegt nicht zuletzt an dem großen Interesse, das der Problematik (verständlicherweise) von Seiten junger Menschen zu Teil wird. Initiiert von der schwedischen Schülerin und Umweltaktivistin Greta Thunberg hat sich

die von Jugendlichen angeführte Protestgruppierung Fridays for Future zu einer globalen sozialen Bewegung entwickelt, die sich für die schnelle und effiziente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen durch die Politik einsetzt. Mittlerweile zählt die Bewegung lokale Protestgruppen in über 130 Staaten;² allein in Österreich nahmen an der bisher größten Klimademonstration im Rahmen der globalen Aktionswoche Week for Future am 27. September 2019 laut Behörden schätzungsweise 65.000 Personen teil.³

Dass sich heute vor allem Jugendliche Sorgen um Klima und Umwelt machen, bestätigen auch die Ergebnisse von Generation What, einer großen europäischen Jugendumfrage von 2016 (siehe Grafik auf der nächsten Seite): Auf die Frage, was ihnen am meisten Sorgen bereite, wurde in Österreich unter den 16- bis 25-Jährigen das Thema „Umwelt“ am zweithäufigsten genannt – und lag damit noch vor Geldsorgen, Arbeitslosigkeit oder Zuwanderung.

Die Dringlichkeit der Klimakrise scheint den Jugendlichen mehr als ihrer Elterngeneration bewusst zu sein. So bringt etwa ein Wiener Schüler die existenzielle Bedrohung künftiger Generationen durch den Klimawandel auf den Punkt:

DER KLIMAWANDEL IN DER KLASSE

Um die Präsenz des Themas Klimawandel in den aktuellen Lehrplänen für NMS und AHS zu ermitteln, wurden diese systematisch nach dem Schlagwort „Klima“ durchsucht, mit folgenden Ergebnissen: In Biologie und Umweltkunde wird die Problematik der Klimakrise explizit nur in der 6. Klasse der Sekundarstufe behandelt. In Geografie und Wirtschaftskunde findet eine explizite Behandlung ausschließlich in der Beschreibung des Beitrags zum Bildungsbereich „Natur und Technik“ statt; in Physik ausschließlich in der Beschreibung des Beitrags zum Bildungsbereich „Mensch und Gesellschaft“.

Quelle: Lehrpläne allgemeinbildende höhere Schulen, <https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/lp/index.html>

solche stellt die Klimakrise ein wichtiges Thema und einen Lernanlass für die Politische Bildung dar: Es gilt, den Jugendlichen nicht nur Sachwissen zu AkteurInnen, Institutionen und Mechanismen der Klima- und Umweltpolitik zu vermitteln, sondern sie auch darin zu trainieren, eigene politische Haltungen zu entwickeln und öffentlich zu vertreten. Politische Strategien zur Bewältigung der Klimakrise müssen kritisch beurteilt und weiterentwickelt werden. Zudem müssen die Lernenden dazu befähigt werden, im Rahmen des demokratischen Systems mit komplexen umweltpolitischen Problemen konstruktiv umzugehen – dahingehend sind vor allem die Fähigkeit zum politischen Dialog und Kooperations- sowie Kompromissbereitschaft von Bedeutung.

Hier ergeben sich Schnittstellen zum fächerübergreifenden Bildungskonzept **Bildung für**

nachhaltige Entwicklung (BNE), das eine Weiterentwicklung der in den 1970er Jahren entstandenen Umweltbildung darstellt und zudem eng mit dem Globalen Lernen verbunden ist. BNE orientiert sich am Leitbild der **Nachhaltigkeit**, das nicht nur als ökologisches, sondern auch als soziales und ökonomisches Ziel verstanden wird. Den Lernenden soll nachhaltiges Denken und Handeln vermittelt werden, wobei der Blick auf ebendiese Zusammenhänge zwischen Ökologie, Ökonomie und der sozialen Dimension besonders geschärft wird. Anschluss an die Politische Bildung entsteht vor allem dadurch, dass nachhaltige Entwicklung als gesamtgesellschaftliche und globale Aufgabe verstanden wird, welche das verstärkte Engagement der BürgerInnen erfordert und politische Konsensfindung und Konfliktlösung notwendig macht.⁸

Klima und Umwelt in den Lehrplänen der Politischen Bildung

Hinsichtlich der hohen Relevanz des Themas Klimawandel überrascht es, dass dieses bis dato scheinbar kaum Eingang in die österreichischen Lehrpläne für Politische Bildung gefunden hat. Zwar sollen den Lehrplänen zufolge immer wieder Umweltaspekte im Rahmen der historisch-politischen Bildung behandelt werden, jedoch findet die Klimakrise bzw. der Klimawandel an keiner Stelle explizit Erwähnung (siehe Grafik „Wissensnetz zum Thema Klimaschutz“, S. 19). Diese Vernachlässigung der Klima- und Umweltproblematik scheint symptomatisch für die relative Marginalisierung der Klimathematik in der öster-

Ökologische
und soziale
Dimension der
Klimapolitik
vermitteln

reichischen Politik, welche immer noch zu beobachten ist.

Eingang in die curricularen Vorgaben haben die Themen Klima und Umwelt vor allem in Form des fächerübergreifenden **Unterrichtsprinzips „Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung“** gefunden, das infolge des Bundesverfassungsgesetzes 2013 über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung beschlossen wurde. Das Unterrichtsprinzip orientiert sich stark an den pädagogischen Leitlinien der BNE.

UMWELT- UND KLIMASCHUTZ: AUSZÜGE AUS DEN LEHRPLÄNEN

FÄCHERÜBERGREIFENDES UNTERRICHTSPRINZIP POLITISCHE BILDUNG auf allen Schulstufen: „[Politische Bildung] greift wesentliche politische Fragestellungen auf, wie z.B. die Legitimation von politischer Macht und deren Kontrolle, eine **gerechte Ressourcenverteilung**, den **verantwortungsvollen und ressourcenschonenden Umgang mit Natur und Umwelt**, die Gleichheit der politischen Rechte u.v.m.“

LEHRPLAN FÜR DIE SEKUNDARSTUFE I (Fach „Geschichte und Sozialkunde / Politische Bildung“):

Grundbereiche und Dimensionen: „Im Bereich des historischen Lernens stellen u.a. Sozialgeschichte, Neue Kulturgeschichte, Geschlechtergeschichte, **Umweltgeschichte** oder Globalgeschichte gleichberechtigte Zugänge dar.“

4. Klasse: „[Die SchülerInnen sollen] soziale Bewegungen (Frauenbewegung, Friedensbewegung, **Umweltbewegung**) beschreiben und ihre öffentlichkeitswirksamen Strategien als Beispiele von politischer Partizipation bewerten.“

LEHRPLAN FÜR DIE SEKUNDARSTUFE II (AHS-Oberstufe, Fach „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“):

Beitrag zum Bildungsbereich Natur und Technik: „Wechselwirkung zwischen Natur, Technik und Gesellschaft; gesellschaftliche Folgen von technischen Innovationen; Grenzen des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts.“

7. Klasse: „Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen vom 1. Weltkrieg bis zur Gegenwart,“ z.B. „soziale, **ökologische**, politische, wirtschaftliche, geschlechterbezogene und kulturelle **Ungleichheiten** und die Entwicklung von **nachhaltigen Lösungsstrategien**.“

8. Klasse: „Emanzipatorische, soziale Bewegungen und Gegenströmungen nach 1945 in Österreich, Europa und der Welt, z.B. Frauen-, Jugend- und Studentenbewegungen.“

Quelle: Auszüge aus den Lehrplänen und dem Grundsatzterlass Politische Bildung, <https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/lp/index.html> und https://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2015_12.html

In Hinblick auf politische Aspekte des Klima- und Umweltschutzes sowie Konsequenzen für die Politische Bildung hält das Unterrichtsprinzip u.a. fest:

Auf der Basis objektiver Informationen sollen unterschiedliche Sichtweisen im demokratischen Diskurs bearbeitet werden. Dabei sollen die jeder wirtschaftlichen Entwicklung gesetzten Grenzen in Bezug auf die soziale Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bewusst gemacht und auch nationale, europäische sowie globale entwicklungspolitische Anliegen zur Spra-

che gebracht werden. Umweltbildung dient damit der Förderung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen und schafft Voraussetzungen für eine konstruktive Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten.⁹

Insgesamt bleibt jedoch weitgehend offen, wie und wann konkret die Vorgaben des Grundsatzterlasses im Unterricht umgesetzt werden sollen. Deshalb werden im Folgenden einige konkrete Vorschläge dazu gemacht, wie die Politische Bildung zum Umgang mit der Klimakrise beitragen kann.

Die Klimakrise im Politikunterricht: Konzepte und Kompetenzen

Was sollen SchülerInnen nun konkret im Politikunterricht lernen, um der Herausforderung der Klimakrise in Gegenwart und Zukunft begegnen zu können? Fest steht, dass in der Politischen Bildung die vorrangige Ausrichtung an normativen **Inhalten** problematisch ist – zu leicht könnte der Unterricht durch politische und weltanschauliche Interessen instrumentalisiert werden, was dem Überwältigungsverbot und Kontroversitätsprinzip des Beutelsbacher Konsenses¹⁰ freilich zuwiderlaufen würde. Es kann deshalb auch nicht das Ziel einer verantwortungsvollen umweltpolitischen Bildung sein, die SchülerInnen auf die Annahme bestimmter Werthaltungen hin zu indoktrinieren: So wäre es beispielsweise weder zulässig noch zielführend, den SchülerInnen im Unterricht Flugreisen und Fleischkonsum „ausreden“ zu wollen – zwar wäre es natürlich löblich, wenn Jugendliche ihre Konsumgewohnheiten hinterfragen würden; die Entscheidung für einen umweltbewussteren Lebensstil kann aber schließlich nur von der/dem Einzelnen selbst getroffen werden.

Vielmehr als um bestimmte Inhalte geht es in der Politischen Bildung um die Förderung von **Kompetenzen**, welche Jugendliche schlussendlich zu politisch mündigen und handlungsfähigen BürgerInnen ausbilden sollen. Grundlage der fachspezi-

fischen Politischen Bildung an Österreichs Schulen ist das österreichische Kompetenz-Strukturmodell für Politische Bildung. Dieses unterscheidet die politische Sachkompetenz, die politische Methodenkompetenz, die politische Urteilskompetenz und die politische Handlungskompetenz.¹¹ Nachfolgend werden konkrete Vorschläge zur Umsetzung der Sachkompetenz, Urteilskompetenz und Handlungskompetenz im Bereich der Klima- und Umweltpolitik gemacht (die Methodenkompetenz ist in alle drei Bereiche involviert, soll an dieser Stelle daher nicht gesondert behandelt werden).

Politische Sachkompetenz

Um im Bereich der Klima- und Umweltpolitik qualitätvolle Urteile treffen und erfolgreich politisch handeln zu können, sind fundiertes Sachwissen und die Kenntnis themenspezifischer Fachtermini unverzichtbar. Dazu gehören – abgesehen von den weiter oben erwähnten naturwissenschaftlichen *hard facts* – Informationen zu AkteurInnen, Institutionen und Mechanismen der Klima- und Umweltpolitik. Hilfreich ist dabei, dieses Wissen in Form von **Konzepten** zu organisieren, die der Strukturierung politischen Wissens dienen und die sinnhafte Verknüpfung verschiedener Themen und Inhalte in Form von „Wissensnetzen“ ermöglichen.¹²



Folgende Basiskonzepte scheinen in der Auseinandersetzung mit Klima- und Umweltpolitik besonders geeignet zu sein und können im Politik-

unterricht mittels vertiefter Fragestellungen erschlossen werden:

BASISKONZEPTE, DIE ZUSAMMENHÄNGE DES MENSCHLICHEN ZUSAMMENLEBENS REFLEKTIEREN

KONZEPT „STRUKTUR“: Welche rechtlichen Rahmenbedingungen und Übereinkommen gibt es im Bereich der Klima- und Umweltpolitik von der nationalen zur globalen Ebene (z.B. Bundesverfassungsgesetz 2013, Kyoto-Protokoll 1997, Pariser Klimaabkommen 2015)? Welche Rolle spielen Wirtschaftsordnungen (allen voran der Industriekapitalismus) und deren AkteurInnen in der Klima- und Umweltpolitik?

KONZEPT „MACHT“: Welche politischen AkteurInnen in der Klima- und Umweltpolitik gibt es von der lokalen zur globalen Ebene (z.B. Gemeinde-/Landes-/Bundesregierungen, Parteien, Interessensverbände, Europäische Union, Vereinte Nationen)? Welche Positionen zur Klima- und Umweltpolitik vertreten die verschiedenen politischen Parteien und Interessensverbände?

KONZEPT „HANDLUNGSSPIELRÄUME“: Welche gesellschaftlichen bzw. nichtstaatlichen AkteurInnen gibt es in der Klima- und Umweltpolitik (z.B. NGOs, Bürgerinitiativen)? Welche Möglichkeiten der politischen Partizipation der/des Einzelnen gibt es (z.B. Teilnahme an Wahlen/Petitionen/Volksbegehren, Engagement in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen, Kontaktaufnahme mit Parteien und PolitikerInnen, Formen des Protests, Formulierung und Austausch politischer Meinungen in den Sozialen Medien), und welche eignen sich speziell für Kinder und Jugendliche (z.B. Teilnahme an der Schuldemokratie, Engagement in NGOs und Jugendorganisationen)?

KONZEPT „KOMMUNIKATION“: Welche Rolle spielen die Medien als gesellschaftliche Akteure in der Klima- und Umweltpolitik? Welchen Einfluss haben z.B. das Internet und die Sozialen Medien auf umweltpolitische Bewegungen? Wie gestaltet sich die mediale Berichterstattung zur Klimakrise und anderen Umweltproblemen?

Politische Urteilskompetenz

Die politische Urteilskompetenz bezeichnet die Fähigkeit, politische Sachverhalte und Situationen einschätzen und beurteilen zu können. Im Bereich der Klima- und Umweltpolitik geht es darum, auf Basis von fundiertem Wissen zu eigenständigen begründeten Standpunkten zu gelangen und politische Entscheidungen und Maßnahmen – beispielsweise die Umsetzung der Vorgaben des Pariser Klimaabkommens durch die österreichische Regierung – kritisch zu überprüfen.

Gerade bei komplexen Themen der Klima- und Umweltpolitik ist es oft schwierig, eindeutige Urteile zu treffen, da verschiedene Faktoren (Ökologie, Wirtschaft, Soziales) berücksichtigt werden müssen. Viele umweltpolitische Probleme stellen politische Dilemmata dar, für die es keine eindeutig „richtige“ bzw. für alle AkteurInnen zufrieden-

stellende Lösung gibt. Die Förderung der politischen Urteilskompetenz kann dazu beitragen, solchen umweltpolitischen Dilemmata abwägend und kompromissbereit begegnen zu können.¹³

Politische Handlungskompetenz

Die politische Handlungskompetenz schließlich beschreibt die Fähigkeit zur praktischen politischen Partizipation. In Hinblick auf die Herausforderungen der Klimakrise geht es darum, die SchülerInnen zu einer aktiven Auseinandersetzung mit Klima- und Umweltpolitik zu befähigen und anzuregen. Die Vermittlung von Handlungskompetenz im Bereich der Klima- und Umweltpolitik bedeutet, den SchülerInnen das Handwerkszeug zur erfolgreichen politischen Partizipation und zum konstruktiven Umgang mit politischen Problemstellungen zur Verfügung zu stellen.

ANBAHNUNG VON SACHKOMPETENZ

Politische Macht kann nicht nur von den Regierenden, sondern auch „von unten“ ausgeübt werden: Es gibt zahlreiche Beispiele für so genannte „Graswurzelbewegungen“ (engl. *grassroots movements*), die sich für Umweltthemen engagier(t)en und durchaus beträchtliche Erfolge erzielen konnten bzw. können.

Zur Vertiefung des Konzepts „Handlungsspielräume“ können sich die SchülerInnen bspw. in Form eines Gruppenpuzzles mit vier verschiedenen Umweltbewegungen aus Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen:¹⁴

- Die Anti-Atomkraft-Bewegung (Österreich, 1970er Jahre)
- Die Protestbewegung um die Hainburger Au (Österreich, 1980er Jahre)
- Die Protestbewegung um den Hambacher Forst (Deutschland, seit ca. 2012)
- Die Protestbewegung Extinction Rebellion (weltweit, seit 2018)



Quelle: Flickr/ © Julian Meehan

Ein *Die-In* der Bewegung Extinction Rebellion in Melbourne, 2019

ANBAHNUNG VON URTEILSKOMPETENZ

Zur Schulung der Urteilskompetenz eignet sich die Dilemma-Methode. Durch die Übernahme von Rollen werden gegensätzliche Standpunkte ausgelotet (vgl. dazu die Arbeitsblätter im Beitrag von Beatrix Oberndorfer in diesem Heft). Folgendes Szenario bietet sich zum Beispiel an:

Die Betreiber des kleinen Flughafens der Stadt Grüntal planen, den Flughafen durch den Bau einer neuen Landebahn zu vergrößern. Dadurch soll auch das Angebot der Flugverbindungen vergrößert werden. Unter den BürgerInnen von Grüntal gibt es allerdings nicht nur Zuspruch für das Projekt; viele EinwohnerInnen stehen dem Ausbau des Flughafens kritisch gegenüber. Deshalb lädt der Bürgermeister von Grüntal zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung, bei der unterschiedliche Standpunkte zum Projekt vorgetragen und gesammelt werden sollen.

ANBAHNUNG VON HANDLUNGSKOMPETENZ



Im Jahr 2015 wurden von den Vereinten Nationen die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs, Ziele für nachhaltige Entwicklung) beschlossen. Dabei handelt es sich um 17 politische Zielsetzungen, die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene dienen und bis 2030 von allen Mitgliedsstaaten – also auch von Österreich – umgesetzt werden sollen. Sieben dieser Ziele beziehen sich speziell auf den Umwelt- und Klimaschutz: **Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen – Bezahlbare und saubere Energie – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Nachhaltige/r Konsum und Produktion – Maßnahmen zum Klimaschutz – Leben unter Wasser – Leben an Land** (wobei zu berücksichtigen ist, dass alle Ziele in Verbindung miteinander stehen).¹⁵

Im Unterricht bietet sich eine kritische und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit den SDGs an. Dabei können etwa folgende Arbeitsaufträge von den SchülerInnen in Partner- oder Gruppenarbeit erledigt werden:

- Die SDGs lesen (online unter: www.unis.unvienna.org/pdf/2016/SDG/SDG_Goals_plus_Targets_D.pdf) und ermitteln, welche der Ziele sich hauptsächlich mit den Themen Umwelt- und Klimaschutz beschäftigen.
- Den Beitrag Österreichs zur Umsetzung der Klima- und Umweltziele analysieren und weiteren Handlungsbedarf feststellen.
- Beispiele für Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen – Österreich, Bundesland, Wohnort, eigenes Alltagsumfeld – finden, die zur Umsetzung der Klima- und Umweltziele beitragen.
- Eine Kampagne zur Umsetzung eines ausgewählten Klima- und Umweltziels an der Schule entwerfen.

1 Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags gab es unter anderem großflächige Brände in Angola, dem Kongo, Bolivien und Russland. Siehe dazu z.B. die Feuerweltkarte von Global Forest Watch: <https://fires.globalforestwatch.org/home/>, 11.09.2019.

2 Diese Zahl stammt von der offiziellen Website von Fridays for Future: www.fridaysforfuture.org/events/list, 11.09.2019.

3 Rekordbeteiligung in Österreich: Starkes Ende der Klimastreikwoche, ORF, 27.09.2019. Online unter <https://orf.at/stories/3138737/>, 18.10.2019.

4 Daten online unter www.generation-what.at/portrait/data/occupy, 11.09.2019.

5 Interview mit Mati Randow, in: Der Standard, 10.03.2019. Online unter www.derstandard.at/story/2000099204019/die-schueler-die-fuer-das-klima-streiken, 11.09.2019.

6 Vgl. Overwien, Bernd: Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. 4., völlig überarb. Aufl. Schwalbach/Ts. 2014, S. 375–382, hier S. 378.

7 Vgl. Overwien, Umweltbildung, S. 375.

8 Vgl. ebd., S. 375–380.

9 Bundesministerium für Bildung und Frauen: Grundsatzlerlass Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung. Wien 2014, S. 5f.

10 Vgl. dazu www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/beutelsbacher_konsens.pdf.

11 Krammer, Reinhard et al.: Die durch politische Bildung zu erwerben Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Online unter https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/ba/glv_kompetenzmodell_23415.pdf, 25.10.2019. Ders.: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 29/2018, S. 5–14.

12 Vgl. Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. 3., durchgesehene Aufl. Schwalbach/Ts. 2008, S. 95–104; Hellmuth, Thomas/Kühberger, Christoph: Historisches und politisches Lernen mit Konzepten, in: Historische Sozialkunde Nr. 1 (2016), S. 3–8.

13 Zur Dilemma-Methode im Politikunterricht siehe auch Ammerer, Heinrich: Zwischen Pest und Cholera. Dilemmasituationen in der Umweltpolitik, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 34/2011, S. 61–67.

14 Siehe dazu auch die Vorgaben des Lehrplans für „Geschichte, Sozialkunde und politische Bildung“ für die 4. Klasse der Sekundarstufe I.

15 Mehr Informationen dazu unter: www.politik-lernen.at/site/praxis/dossiers/sustainabledevelopmentgoa, 25.09.2019.